

Niederschrift
über die Sitzung des Integrationsrates
am 12.06.2024

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:15 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Murisa Adilovic
Frau Dr. Asma Ait Allali
Herr Robert Alich
Herr Murat Aykanat
Herr Jan Banze
Herr John Simon Chowdry
Herr Vincenzo Copertino
Frau Dilek Dogan-Alagöz
Frau Hanane El Alaoui
Herr Cihad Kefeli
Frau Sarah Labarbe
Frau Tanja Orlowski
Herr Klaus Rees
Herr Jan Maik Schlifter
Frau Brigitte Stelze
Herr Cemil Yildirim

Nicht anwesend:

Mitglieder

Frau Miriam Welz

Gäste, Referent*innen

Herr Welteke	MediNetz Bielefeld	TOP 1
Frau Wonneberger	Seebrücke	TOP 1
Herr Eickmeyer	Regionalbüro Alter, Pflege und Demenz	TOP 7
Herr Fukerider	Regionalbüro Alter, Pflege und Demenz	TOP 7
Fabian Fuchs	AWO Bielefeld	TOP 8
Sabrina Klein	AWO Bielefeld	TOP 8
Nico Schmidt-Krischik	AWO Bielefeld	TOP 8
Frau Klausing	Presseamt/Statistikstelle	TOP 11

Verwaltung

Herr Nürnberger	Erster Beigeordneter (bis 18:30 Uhr)	
Herr Wörmann	KI, Leitung	
Frau Terbrack	KI, Geschäftsstelle Integrationsrat	Schritfführung

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende Frau Adilovic begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Die Vorsitzende beantragt den TOP 9 „Weiterführung des Integrationsbudgets“ vorzuziehen und im Anschluss an TOP 6 zu behandeln, damit Herr Erster Beigeordneter Nürnberger, der die Sitzung vorzeitig verlassen muss, an der Beratung teilnehmen kann.

Die Vorsitzende bittet um Abstimmung über den Antrag und stellt folgendes Ergebnis fest:

Die Mitglieder des Integrationsrates stimmen dem Antrag auf Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung, Vorziehung von TOP 9, einstimmig zu.

Zu Punkt 1

Einwohnerfragestunde

Dr. Rudolf Welteke, MediNetz Bielefeld, und Elena Wonneberger, Seebücke, wenden sich an den Integrationsrat mit der Bitte, in der Stadt Bielefeld die Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber*innen abzulehnen. Die Bezahlkarte sei nicht nur diskriminierend und stigmatisierend, sondern verursache auch großen verwaltungstechnischen Zusatzaufwand. Stattdessen werde ein Basiskonto für alle gefordert. Der Integrationsrat werde um Unterstützung gebeten, beispielsweise durch eine Presseerklärung oder andere Aktionen.

Eindringlich rufen sie zur Teilnahme an einer Kundgebung im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche „Nein zum Asylbewerberleistungsgesetz. Keine Bezahlkarte!“ auf. Die Kundgebung fände am Samstag, 15.06.2024, um 13 Uhr auf dem Jahnplatz statt. Zur Information werden zwei Stellungnahmen an die Mitglieder verteilt.

Die Vorsitzende Frau Adilovic dankt den Einwohner*innen für ihr Engagement und sagt Unterstützung zu.

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 33. Sitzung des Integrationsrates am 15.05.2024 (Die Niederschrift liegt noch nicht vor.)

Da die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 33. Sitzung des Integrationsrates am 15.05.2024 nicht vorliegt, wird die Genehmigung auf die nächste Sitzung verschoben.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Zu Punkt 3.1 **Beteiligung des IR am "Straßenfest zum Tag der Geflüchteten" des IBZ am 22.06.2024**

Frau Ait Allali informiert über das „Straßenfest zum Tag der Geflüchteten“ im IBZ am Samstag, 22.06.2024 von 14 - 20 Uhr. Das Fest werde vom Integrationsrat unterstützt. Wer das Fest vor Ort unterstützen wolle, sei herzlich dazu eingeladen.

An die Mitglieder werden zur weiteren Verbreitung Informationsflyer verteilt.

- Der Integrationsrat nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 **Fortsetzung der Kooperation des IR mit dem Historischen Museum und der Uni Bielefeld**

Herr Kefeli teilt mit, dass die Kooperation zwischen dem Integrationsrat, dem Historischen Museum und der Universität Bielefeld, Fakultät für Geschichtswissenschaft, fortgesetzt werde. Die Kooperation sei seinerzeit im Rahmen der Ausstellung „Angekommen“, die sehr erfolgreich gewesen wäre, entstanden. Nun sei geplant in Bielefeld eine Dokumentationsstelle einzurichten. Dazu liefen Vorgespräche. Die Fakultät für Geschichtswissenschaft habe Mitglieder des Integrationsrates zur Teilnahme an einem Seminar eingeladen. Der gegenseitige Austausch sei gut gewesen.

- Der Integrationsrat nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 3.3 **Eröffnung der Wanderausstellung von Yes Afrika e.V. am 13.06.2024, 17 Uhr, Neues Rathaus**

Frau Adilovic informiert über die Wanderausstellung „Ganzheitliches postkoloniales Bild von Afrika in der deutschen Öffentlichkeit“ von Yes Afrika e.V. und lädt zum Besuch der Ausstellung ein. Die Eröffnung sei am Donnerstag, 13.06.2024, um 17 Uhr im Neuen Rathaus, 1. OG, Flur G. Die Ausstellung werde bis einschließlich Freitag, 21.06.2024, gezeigt.

- Der Integrationsrat nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 3.4 **No-Racism-Festival**

Herr Wörmann informiert über das „NoRacism Festival“ auf dem Kesselbrink am Sonntag, 23.06.2024, von 14 - 19 Uhr. Das Fest werde u. a. vom Kommunalen Integrationszentrum veranstaltet.

An die Mitglieder werden zur weiteren Verbreitung Info-Flyer verteilt.

- Der Integrationsrat nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anträge**

Zu Punkt 5.1 **Einwanderungsstadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7766/2020-2025/1

Herr Copertino dankt dem Gremium für die weitere Lesung und erläutert, dass die CDU-Fraktion aufgrund bestimmter Formulierungen dem Antrag nicht zustimme.

Einige Mitglieder des Gremiums äußern ihr Bedauern darüber. Auch im Verwaltungsalltag solle Vielfalt sichtbar werden. Es wird nochmals an die CDU appelliert, dass ein von allen Fraktionen gemeinsam gestellter Antrag ein starkes Zeichen setzen würde.

Beschluss:

Der Integrationsrat empfiehlt dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss Folgendes zu beschließen:

- 1. Der Integrationsrat und der HWBA begrüßen und unterstützen die weiteren Vorhaben zur Verbesserung der Ausländer- und der Einbürgerungsbehörde, welche in der Informationsvorlage der Verwaltung zur gemeinsamen Sitzung des Integrationsrates und HWBA vom 01.02.2023 verdeutlicht wurden. Die Weiterentwicklung zu einer Willkommensbehörde wird unterstützt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach der Sommerpause in den zuständigen Gremien auf Basis von Kennzahlen über die Situation in der Ausländerbehörde und in der Einbürgerungsstelle zu**

berichten. Eine jährliche, kontinuierliche Berichterstattung im HWBA und eine halbjährliche Berichterstattung im Integrationsrat soll jeweils unter Verwendung objektiv nachvollziehbarer Kennzahlen (Bearbeitungszeit, Anzahl der Beschwerden, Anzahl der Terminanfragen, Anzahl der vergebenen Termine) erfolgen. Insbesondere soll dabei auf die Veränderung der Warte-, den Bearbeitungszeiten gestellter Anträge und die Kommunikation mit den Antragsstellenden eingegangen werden.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, im dritten Quartal 2024 den zuständigen Gremien ein Konzept für Einbürgerungsfeiern vorzulegen, mit dem Ziel ab dem Jahr 2025 eine regelmäßige, jährliche Veranstaltung durchzuführen. Dies soll als eine eigenständige, festliche Veranstaltung geplant und umgesetzt werden. Die Veranstaltung soll von der Verwaltung finanziert und in enger Zusammenarbeit mit dem Integrationsrat durchgeführt werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, das neue Chancenaufenthalts-gesetz sowie das novellierte Staatsbürgerschaftsrecht so umzusetzen, dass möglichst viele bislang geduldete Geflüchtete sowie weitere Menschen mit internationaler Familiengeschichte in die Lage versetzt werden, die Voraussetzungen für einen dauerhaften Aufenthalt zu erfüllen oder um sich nach Erfüllung der gesetzlichen Kriterien einbürgern lassen zu können. Insbesondere auf die vereinfachte Einbürgerung für die sogenannte Gastarbeitergeneration soll gezielt hingewiesen werden.

Folgende Zielsetzungen sollen für Verfahren auf Augenhöhe angestrebt werden:

- a. Eine enge Kooperation zwischen der Ausländerbehörde, dem Jobcenter, der Fachstelle für Geflüchtete, den Akteur*innen des Kommunalen Integrationsmanagements, den Beratungsstellen, den Bildungsträgern, dem Integrationsrat - mindestens zwei Vertreter*innen des Integrationsrats - , sowie der Unternehmen wird angestrebt und soll implementiert werden.
 - b. Die Verwaltung soll frühzeitig und kundenorientiert im Interesse der o.g. Zielgruppe beraten und mögliche Ermessensspielräume ausüben. Dies bezieht sich auch auf digitale und vereinheitlichte Rückmeldungen zu dem Bearbeitungsstand eines Antrags.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, im dritten Quartal 2024 den zuständigen Gremien über den Stand der Erarbeitung von Strategien zur Akquise und Integration bereits zugewanderter Personen mit Erwerbspotential für Bielefelder Unternehmen (Potenzialanalyse) und für die sozialen Bereiche Gesundheit, Erziehung und Pflege zu berichten. Wir bitten die Verwaltung ihre Bemühungen zugunsten einer schnelleren Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen verstärkt fortzusetzen.
 6. Die Stadt Bielefeld als Arbeitgeberin und die Gremien der Stadt streben an, auch bei der Besetzung öffentlicher Ämter und Stellen auf allen Ebenen die Diversität der Stadtgesellschaft abzubil-

den, um so auch die interkulturelle Öffnung der Stadt deutlich zu machen. Bei der Besetzung von Stellen im Kommunalen Integrationszentrum (KI) - als Vorbildfunktion - sollen Personen mit internationaler Familiengeschichte besonders berücksichtigt werden.

7. Die Mehrsprachigkeit soll in Bildungseinrichtungen und in der Stadtverwaltung stärker gefördert werden, um die gleichberechtigte Teilhabe und den Zugang zu Informationen zu erleichtern. Hierzu sollen mehrsprachige Kompetenzen von Verwaltungsmitarbeiter*innen mit Bürgerkontakt gekennzeichnet und gefördert werden. Der Erwerb der deutschen Sprache als eine wesentliche Grundlage einer erfolgreichen Teilhabe soll verstärkt gefördert werden.

Der herkunftssprachliche Unterricht an unseren Schulen soll besser beworben und flexibler angeboten werden, um die Teilnahme und herkunftssprachlichen Klassen zu erhöhen. Über die jeweils eingerichteten herkunftssprachlichen Klassen sowie die Lerngruppen einschließlich des erreichten Durchdringungsgrades des herkunftssprachlichen Unterrichts wird die Verwaltung gebeten halbjährlich im Integrationsrat und im Schul- und Sportausschuss zu berichten.

8. Die soziale Lage, Bildung und Ausbildung, die gesundheitliche sowie die Wohn- und Lebenssituation sind in unserer Stadt für die Perspektiven von Menschen mit und ohne internationaler Familiengeschichte von großer Bedeutung. Die Erkenntnisse, die dazu vorliegen (z.B. aus dem Lebenslagenbericht 2023), müssen stärker zusammengeführt werden, um somit gute Grundlagen für zielgenaue Entwicklungs- und Unterstützungsmaßnahmen bilden zu können. Der Stadt Bielefeld ist es wichtig bei ihren städtebaulichen Entscheidungen die vielfältigen Anforderungen ihrer bunten Stadtgesellschaft zu berücksichtigen und besonders durch soziale Quartiersentwicklung ein gutes Miteinander zu fördern. Die Verwaltung der Stadt Bielefeld unterstützt, dass Gesundheits- und Pflegedienste, Beratungsstellen, die insbesondere kultursensibel arbeiten, um eine angemessene Versorgung für alle Bielefelder*innen sicherzustellen.

9. Unternehmer*innen und Unternehmensgründer*innen mit internationaler Familiengeschichte werden bereits durch die IHK sowie die Handwerkskammer beraten. Die Verwaltung und die WEGE werden gebeten, diese Arbeit beispielsweise durch den Aufbau von Unternehmensnetzwerken zu unterstützen und gezielt zu bewerben.

10. In Bielefeld leben Menschen aus mehr als 160 Nationen friedlich zusammen. Sie bereichern die hiesige Stadtgesellschaft durch ihre unterschiedlichen Sprachen, Kulturen, Religionen und Gebräuche. Die Verwaltung wird gebeten, demokratische und menschenrechtsbasierte zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen des interkulturellen Lebens in allen ihren Ausdrucksformen aktiv zu unterstützen und zu fördern. Das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Religionen und Religionsgemeinschaften in unserer Stadt ist auch weiterhin zu wahren und

zu schützen!

11. Im Rahmen der Pflege der kommunalen Erinnerungskultur sollen künftig auch Projekte zur Erhaltung und Präsentation des kulturellen Erbes verschiedener Einwanderergemeinschaften in Bielefeld unterstützt werden. Die Ausstellung „Angekommen in Bielefeld“, die mit großem Erfolg im Historischen Museum gezeigt wurde, bietet dazu zahlreiche Ansätze, die weiterhin in Zukunft weiterverfolgt und finanziert werden sollen.
12. Die Stadt Bielefeld setzt sich weiterhin dafür ein, dass barrierefreie und inklusive städtische Sportangebote als Orte der Begegnung und des Kennenlernens zu einer erfolgreichen Integration beitragen können. Auch eine sportliche Vielfalt und niedrigschwellige Angebote wie z. B. der Open Sunday, sind zu erhalten und aktiv zu bewerben. Den Stadtsportbund und auch alle anderen Sportvereine unterstützen wir als Stadt Bielefeld nachhaltig in diesem Prozess.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Berichte aus den Ausschüssen

Aus den Ausschüssen wird nicht berichtet.

-.-.-

Zu Punkt 7

Kultursensible Pflege

Berichterstattung: Reinhard Fukerider, Dirk Eickmeyer

(Zeitlich nach TOP 9)

Herr Eickmeyer und Herr Fukerider stellen anhand einer Präsentation die Struktur und die Arbeitsschwerpunkte der Regionalbüros Alter, Pflege und Demenz vor. Zusätzlich stellen sie umfangreiche Informationsmaterialien zur Mitnahme zur Verfügung.

Bei Interesse könne über Herrn Fukerider (reinhard.fukerider@awo-owl.de) ein Infobrief angefordert werden, welcher über bestehende Angebote für Menschen mit Einwanderungsgeschichte informiere. Des Weiteren befände sich eine Netzwerkkarte Migration im Aufbau, neue Eintragungen dafür seien ausdrücklich erwünscht. Abschließend macht er auf eine Online-Vortragsreihe des Regionalbüros zum Thema „Einsamkeit aus multiperspektivischer Sicht“ aufmerksam; u. a. gäbe es am 07.10.2024 einen Online-Vortrag mit dem Titel „Einsamkeit – Ein Thema für die islamische Theologie?!“. Danach beantworten die Referenten die Fragen des Gremiums.

Das Gremium bedankt sich für die Vorträge und hebt lobend hervor, dass

zahlreiche Informationsmaterialien bereits mehrsprachig vorlägen.

-.-.-

Zu Punkt 8

Viertelpunkt - inklusiver Ort der Begegnung im Ostmannturmviertel, AWO KV Bielefeld, Vorstellung der Angebote und Projekte

Berichterstattung: Nico Schmidt-Krischik, Fabian Fuchs

Fabian Fuchs, Sabrina Klein und Nico Schmidt-Krischik stellen anhand einer Präsentation das Projekt „Stadtteilzentrum Viertelpunkt“ vor. Über das Angebot „Gebärdensprachtreff“, welches im Grünen Würfel stattfindet, informieren sie mit einem Videofilm. Weitere Angebote seien ein Begegnungscafé, ein offener Spieletreff, Kick im Quartier, eine warme Mahlzeit im Quartier, ein offener Sprachtreff und ein Digitalcafé. Anschließend beantworten die Referent*innen die Fragen des Gremiums.

Das Projekt werde von „Aktion Mensch“ finanziert. Kooperationspartner seien u. a. das Café 3B, Spielwiese e.V. Bielefeld, Bielefeld United e.V., die Stadtbibliothek und verschiedene Künstler*innen. Es handele sich um ein mobiles Projekt im Ostmannturmviertel, welches sich passende Orte im Quartier suche, wie beispielsweise die Stadtbibliothek oder den Grünen Würfel. Es erfolge eine sogenannte soziale Kontrolle durch positive Belegung des Viertels. Die Projektmitarbeitenden versuchten mit den Menschen in Kontakt zu kommen und auf deren jeweilige Bedürfnisse adäquat einzugehen.

Die Mitglieder des Integrationsrates danken den Referent*innen für ihre ausgezeichnete Arbeit, zeigen sich begeistert von dem Projekt und wünschen sich, dass solche Aktivitäten auch auf Bielefelds Außenbezirke ausgeweitet würden.

-.-.-

Zu Punkt 9

Beschlussvorlage: Weiterführung des Integrationsbudgets – Verwendung der zusätzlichen 3 Mio. Euro sowie von Restmitteln

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7637/2020-2025

(Zeitlich nach TOP 6)

Die Vorsitzende informiert das Gremium darüber, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss am 27.06.2024 eine Sondersitzung einberufen werde, sodass die Beratungsfolge eingehalten werde. Dann eröffnet sie die Aussprache.

Zunächst wird im Gremium nachgefragt, ob die Strukturen der Antragstellung auch für Neulinge durchlässig und offen seien. Die Idee eines zeitlich begrenzten „Innovationsfonds“ wird umrissen.

In dem Zusammenhang werden Bedenken geäußert, ob möglicherweise

in Bezug auf ein Mitglied des Integrationsrates ein Fall von Befangenheit vorläge. Die Bedenken werden mit dem Hinweis ausgeräumt, dass keine Namen genannt worden wären, es seien nur strukturelle Fragen angesprochen worden.

Dem Vorwurf der Bevorzugung von alteingesessenen Anbietern und der Bildung von Seilschaften wird vehement widersprochen. Da die Inhalte der Vorlage im Integrationsrat besprochen und beschlossen worden seien, handele es sich um ein transparentes Verfahren. In den vielfältigen Maßnahmen seien neue und innovative Projekte enthalten. Neue Antragsteller*innen würden „offene Türen einrennen“, denn Innovation sei gewollt und werde unterstützt und gestärkt.

Abschließend wird an die Verwaltung, die für die guten Impulse dankt, appelliert sich weiterhin für kleinere, unbekannte Anbieter zu öffnen. Die Veränderungen in der Gesellschaft sollten durch eine große Vielfalt in der Trägerstruktur abgebildet sein.

Beschluss:

Der Integrationsrat empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss zu beschließen:

1. Aus den zur Verfügung stehenden Mitteln des Integrationsbudgets werden die in der Anlage dargestellten Maßnahmen und Angebote in den Jahren 2024 bis 2026 nach folgenden inhaltlichen Schwerpunkten finanziert:

• Berufliche Integration:	64.327,00 Euro
• Bewerbung Herkunftssprachl. Unterricht (HSU), Existenzgründung:	40.000,00 Euro
• Kultursensible Pflege:	203.000,00 Euro
• Sozialintegrative Maßnahmen:	1.587.590,00 Euro
• Sprachförderangebote:	1.009.200,00 Euro
• Stärkung Elternarbeit in Kitas und Schulen:	135.000,00 Euro

2. Die Verwaltung wird beauftragt, regelmäßig über die wesentlichen Entwicklungen in den finanzierten Maßnahmen zu berichten.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9.1

Fragen und Antworten zur Vorlage 7637

Der Fragenkatalog, den Frau Dogan-Alagöz nach der letzten Sitzung des Integrationsrates schriftlich eingereicht hatte, wurde von der Verwaltung schriftlich beantwortet. Dieser Antwortkatalog wurde zusammen mit der Einladung an die Mitglieder verschickt.

- Der Integrationsrat nimmt die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 10

Info-Vorlage: Bericht zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen der Vertragsperiode 2023-2025 sowie zu den Vorbereitungen der nächsten Vertragsperiode (2026-2028)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8089/2020-2025

Der Integrationsrat nimmt die Informationsvorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 11

Beschlussvorlage: „Mach mit! Bielefelder Grundsätze für Beteiligung“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8073/2020-2025

Frau Klausing stellt anhand einer Präsentation den Sachstand im Entwicklungsprozess von „Mach mit! Bielefelder Grundsätze für Beteiligung“ vor und beantwortet anschließend die Fragen des Gremiums.

Bereits bei der Erarbeitung der Grundsätze seien Menschen mit internationaler Familiengeschichte beteiligt gewesen. Mit dem Thema Mehrsprachigkeit habe man sich intensiv beschäftigt. In der derzeitigen Entwicklungsphase werde Mehrsprachigkeit noch nicht umgesetzt. Zukünftig sollen die Bielefelder Grundsätze für Beteiligung mehrsprachig verfügbar sein.

Auf die Frage nach einer genaueren Darstellung der Kosten wird erläutert, dass das „Büro für Dialog und Beteiligung“ bereits existiere, sodass keine weiteren Kosten entstünden.

Das Gremium hakt nach, warum in einer Liste die Gruppe „Menschen mit internationaler Familiengeschichte“ gesondert aufgeführt sei. Das Gremium zeigt sich aus dem Grund irritiert, da Menschen mit internationaler Familiengeschichte keine gesonderte Gruppe darstellten, sondern in anderen Gesellschaftsgruppen (Kinder und Jugendliche, Senior*innen, Menschen mit Behinderung usw.) vertreten seien. Die Referentin erläutert, dass es sich bei der Liste um Zielgruppen handele, für welche Workshops angeboten worden seien.

Das Gremium findet die Grundidee einer freiwilligen Beteiligungsmöglichkeit, die über die formale Beteiligung hinausgeht, gut und dankt der Referentin für die Entwicklung.

Trotz des Wunsches nach einer schnellen Beschlussfassung beantragt Herr Copertino 1. Lesung. Die Vorsitzende bittet um Abstimmung über den Antrag und stellt folgendes Ergebnis fest:

Der Integrationsrat stimmt dem Antrag auf 1. Lesung einstimmig zu.

Beschluss:

Der Integrationsrat nimmt die in einem breit angelegten, partizipativen Prozess erarbeiteten „Grundsätze für Beteiligung“ zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss dem Rat zu empfehlen, die Grundsätze als Arbeitsgrundlage zu beschließen.

1. Lesung -

Zu Punkt 12

Info-Vorlage: Bericht über das Projekt "Willkommen - Büro für Zugewanderte"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8140/2020-2025

Da auf eine persönliche Berichterstattung durch das Fachamt verzichtet wurde, werden Verständnisfragen gesammelt und durch die Schriftführung an das zuständige Fachamt zur Beantwortung weitergeleitet. Die Antworten sollen in die Niederschrift aufgenommen werden.

Das Gremium möchte wissen, wie auf Seite 10 der Anlage die Differenz zwischen der Gesamtzahl der Ratsuchenden, ges. 6.454, und der Gesamtzahl der Vorsprachen, ges. 4.107, zu Stande käme. Müssten sich nicht in beiden Rubriken die angegebenen Anzahlen entsprechen?

Der Integrationsrat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 13

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Wörmann berichtet zum Sachstand muslimischer Bestattungen in Bielefeld: Eine Beschlussvorlage mit einem Rahmenkonzept zur Bereitstellung von Grabfeldern sei erarbeitet und abgestimmt und werde nach

der Sommerpause zur Beratung in die politischen Gremien gegeben.

Anschließend informiert Herr Wörmann die Mitglieder des Integrationsrates darüber, dass er in absehbarer Zeit in den Ruhestand einträte. Es handele sich bei der heutigen Sitzung um seine letzte, sodass er sich verabschiede und dem Gremium alles Gute wünsche.

Die Vorsitzende und das Gremium danken Herrn Wörmann herzlich für die Zusammenarbeit und wünschen ihm Gesundheit und alles Gute für den wohlverdienten Ruhestand.

-.-.-

Die Vorsitzende wünscht allen eine gute Sommerpause und schließt die Sitzung um 19:15 Uhr.

gez.

Murisa Adilovic (Vorsitzende)

gez.

Angela Terbrack (Schriftführung)